

Die Energiewende erweist sich als unbezahlbar. Sie beruht von vornherein auf einer volkswirtschaftlichen Fehlkalkulation

Wenn Grüne rechnen

10. Juli 2013, Gerd Held

Die Hiobsbotschaften von der Energiewende reißen nicht ab. Das Problem ist nicht nur, dass es nicht vorangeht. Schlimmer ist, dass es dort, wo es vorangeht, immer teurer wird. Der Ausbau der erneuerbaren Energien schlägt nun über die Stromrechnung auf die Haushalte durch. Wird die EEG-Umlage auf die energieintensiven Betriebe ausgedehnt, wird es nicht billiger, sondern die Arbeitsplätze werden teurer. Wärmedämmung der Häuser - die Rechnung zahlen Eigentümer und Mieter. Elektroautos - ohne Subventionen des Steuerzahlers läuft nichts. Und wenn es wirklich zum Ausbau der „Stromautobahnen“ kommen sollte, werden wir eine Infrastrukturumlage sehen. Öl, Gas und Kohle sind auch Preistreiber, heißt es. Doch es ist der Atomausstieg, der Deutschland von diesen Energieträgern abhängiger gemacht hat. Obendrein will man dort nun die Emissionsabgaben erhöhen. Wohin man auch blickt, die Energiewende entpuppt sich als Kostenschub, der sich durch die gesamte Volkswirtschaft hindurchfrisst. Sie, die bisher als ehrenvolles Projekt und Gelegenheit zum „Engagement“ präsentiert wurde, kommt nun ganz schnöde als Zahlungsaufforderung ins Haus. Doch merkwürdig, draußen in der Öffentlichkeit ändert sich nichts. Hier gilt die Sprechregel, dass man erst sein Bekenntnis zur Energiewende abzulegen hat und dann über „schleppende Umsetzung“ oder „mangelnde Koordination“ klagen darf. Die Energiewende ist zum Beschwörungsritual geworden.

Die Kostenerhöhung ist kein Nebenaspekt der neuen Energiepolitik. Sie gehört zu ihrem Wesenskern. Man kann die „erneuerbaren“ Energien durch freundliche Bezeichnungen und Fördergelder noch so sehr beschönigen, aber sie sind beim heutigen Technologiestand kostspielig. Ein Windrad sieht zwar oft aus, als würde es sich von selbst drehen, doch die Kilowattstunden, die es aufs Jahr umgelegt produziert, gehört zu den teuersten im deutschen Energiemix. Das liegt nicht nur am Umfang der Anlagen, sondern auch an der Unstetigkeit von Wind und Sonne. Bestimmen diese Energieträger das System, muss man einen ganzen Kraftwerkspark auf Vorrat halten, um ihn im Bedarfsfall anzuwerfen. Das ist eine immens teure Doppelstruktur. Solange das Speicherproblem noch nicht einmal annähernd gelöst ist, führt die Energiewende in eine ständige Improvisation. Die Effizienz, die in der Unterscheidung von Grundlast und Spitzenlast liegt und für die der deutsche Energiemix – unter Einschluss der Kernenergie - sorgte, geht verloren. Es sind also tiefere, hartnäckige Realitäten, die im jetzigen Kostenschub zum Ausdruck kommen.

Nun sprechen auch die Anhänger der Energiewende sehr oft von Kosten. Der Vorwurf, sie hätten die Kosten für Wind- und Solaranlagen heruntergespielt, trifft nicht wirklich den Punkt. Ihre neue Rechenkunst ist anders angelegt. Sie baut eine zweite, viel größere Kostenbelastung als Drohkulisse auf, die dann die Zusatzkosten der Energiewende in einem günstigeren Licht erscheinen lassen. Die regenerativen Energien seien vielleicht teuer, sagen die grünen Fundamentalrechner, aber sie seien dennoch als Gewinn für die Volkswirtschaft zu verbuchen, weil sie keine Katastrophen auslösen können. Würde man die Schäden eines gro-

ßen Atomunfalls in Rechnung stellen, so würde der teure Ökostrom auf einmal ganz billig. Billig würde er auch im Vergleich zu Kohle und Öl, wenn man die Kosten der Klimaerwärmung dort verbucht. Auf den ersten Blick ist so eine Rechnung beeindruckend, besonders wenn sie in exakten Milliardenbeträgen vorgeführt wird. Spricht hier nicht eine besondere Weitsicht? Und eine frohe Botschaft: Wenn man alles, was als Kosten unterhalb von Atom- und Klimakatastrophe liegt, als positiven Ertrag verbucht, kann man auf diese Weise einen „New Deal“ herbeirechnen.

Wenn man dies Modell allerdings weiterdenkt, wird man stutzig: Wäre die Rechnung für Schwellenländer oder für Problemregionen nicht besonders interessant? Sie kommen ja, wenn sie auf „natürliche“ Energien setzen, mit einem Schlag zu einem großen Guthaben. Hurra, sie sind nicht mehr arm! Nun sind es aber gerade diese Länder, die sich bekanntlich hartnäckig auf internationalen Konferenzen gegen solche Ansinnen wehren. Sie nehmen vor allem die erhöhten Kosten einer anderen Energiegewinnung ernst und sie haben recht. Denn die theoretische Rechnung mit der Katastrophe gibt ihnen nicht einen Cent mehr in die Hand. Minus und Minus ergibt eben kein Plus. Jede volkswirtschaftliche Rechnung muss mit positiven Erträgen rechnen. Diese Erträge sind der Maßstab, in dem die Wirtschaft Abgaben für Notfälle und Katastrophenschutz leisten kann. Man kann alle möglichen Billionenrechnungen über zukünftige Schäden anstellen, aber wenn man sein Brot für den nächsten Tag verdienen will oder wenn funktionierende Betriebe aufgebaut werden sollen, muss man solche Rechnungen ignorieren. Staaten können für kurze Zeit den Notstand ausrufen. Familien können Leid und Tod überleben, aber die Wirtschaft hört auf, Wirtschaft zu sein, wenn sie nicht Erträge bringt, die über den Kosten liegen. Das gilt natürlich auch für ein entwickeltes Land wie die Bundesrepublik.

Die deutsche Energiewende ist nicht das Ergebnis von Weitsicht, sondern von Übereilung. Sie wurde unmittelbar unter dem Eindruck einer Katastrophe, des Fukushima-Unfalls, beschlossen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum das Kostenproblem so krass vernachlässigt wurde und sich vernünftige Menschen auf völlig wirtschaftsferne Fundamentalkalkulationen einließen. Doch war diese Entscheidung grundfalsch. Die Politik der „Wende“ ist nicht nur in der Sache fahrlässig, sondern sie steht auch im Gegensatz zu der guten technologischen Tradition in Deutschland: Sie setzt nicht mehr auf graduelle Veränderungen und auf einen Pluralismus der Systeme. Sie hat keinen Blick für die längeren historischen Rhythmen der technologischen Entwicklung, sonst würde sie die Tatsache ernst nehmen, dass bei der Nutzung erneuerbarer Energien wichtige Zwischenglieder (wie die Speichertechniken) trotz großer Anstrengungen immer noch fehlen. Und sie hat auch keinen Blick für das globale Momentum: Die Welt muss in diesem Jahrhundert erst den Berg des Bevölkerungswachstums bewältigen, bevor sie sich größere Kostenschübe bei der Energie oder der Ernährung leisten kann. Deutschland sollte sich eine Bedenkzeit nehmen und alle definitiven Aus- und Umstiege erst einmal aussetzen.

(Manuskript vom 10.7.2013, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT am 22.7.2013 unter dem Titel „Wenn Grüne rechnen“)